

Krieg in Syrien : instrumentalisiert die US-Regierung Europa gegen Russland?

Autor(en): **Hübschen, Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 4

PDF erstellt am: **26.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-587031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Krieg in Syrien – instrumentalisiert die US-Regierung Europa gegen Russland?

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz wurde die aktuelle Entwicklung in Syrien erneut in den Fokus der Medien gerückt. Dabei fiel auf, dass die meisten Darstellungen und auch Kommentare von einer «Schwarz-Weiss-Sicht» der Dinge geprägt waren.

Jürgen Hübschen

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage, ob Russland tatsächlich allein für die aktuelle Lage in Syrien verantwortlich ist oder ob es auch andere Gründe gibt, Moskau die alleinige Schuld für die Situation «in die Schuhe zu schieben».

Die aktuelle militärische Lage in Syrien

Insgesamt ist die militärische Lage unübersichtlich, auch, weil es keine fundierten und vor allem auch keine unabhängigen Erkenntnisse über die Situation vor Ort gibt.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass sich die Situation grundsätzlich wie folgt darstellt: Syrische Truppen sind dabei, die Kontrolle über Aleppo zurückzugewinnen und die bewaffnete Opposition aus dieser Region zu vertreiben. Es werden Dörfer, die von Gruppen der sogenannten gemässigten Opposition oder auch von der radikalen Al-Nusra-Front und/oder auch vom IS besetzt waren, erobert. Ziel der syrischen Offensive ist es auch, die Nachschubwege der oppositionellen Kräfte von der Türkei nach Syrien zu unterbrechen.

Die syrischen Truppen werden bei ihrem Vormarsch am Boden von der libanesischen Hisbollah, den iranischen Revolutionsgarden, irakischen Milizen und auch von kurdischen Kämpfern unterstützt. Entscheidend für die Erfolge der Bodentruppen sind jedoch die Einsätze der russischen Luftwaffe.

Parallel zu der dargestellten Offensive bombardiert die von den USA geführte Allianz weiterhin Stellungen des IS und der Al-Nusra.

Die Türkei beschiesst seit einigen Tagen vom eigenen Territorium aus die kurdischen Truppen im Norden Syriens mit Artillerie.

Die UN-Menschenrechtskommission wirft den syrischen Truppen und ihren

Verbündeten ebenso wie den Kämpfern der Opposition massive Verletzungen der Menschenrechte bis hin zur Tötung von Gefangenen vor, die naturgemäss von allen Beteiligten bestritten werden.

Im Vorfeld der Münchener Sicherheitskonferenz haben sich die Teilnehmer auf einen Waffenstillstand verständigt, der innerhalb einer Woche, also spätestens am 19. Februar 2016 in Kraft treten soll. An dieser Entscheidung waren allerdings we-

«Präsident Assad fühlt sich als rechtmässiger Herrscher Syriens und ist nach eigenen Aussagen entschlossen, das gesamte Land zurückzuerobern.»

der die sogenannten gemässigten Oppositionellen noch der IS und die Al-Nusra-Front beteiligt.

Die Position des syrischen Präsidenten

Präsident Assad fühlt sich als rechtmässiger Herrscher Syriens und ist nach eigenen Aussagen entschlossen, das gesamte Land zurückzuerobern. Wörtlich: *«Es ist nicht logisch zu sagen, dass es einen Teil unseres Landes gibt, auf den wir verzichten»*. Weiter sagte er gegenüber AFP in einem Interview, dass die Kämpfe gegen die Rebellen lange dauern könnten, erklärte aber gleichzeitig, seine Regierung sei schon seit Beginn der Syrien-Krise zu «Verhandlungen und politischem Handeln» bereit. Zu verhandeln bedeute aber nicht, den Kampf «gegen den Terrorismus» einzustellen. Beides sei «notwendig» und voneinander «unabhängig».

Zu den Kämpfen um Aleppo sagte Assad, dass es seinen Truppen hauptsächlich darum gehe, die Nachschubroute der Rebellen zwischen Aleppo und der Türkei zu unterbrechen. Es handele sich dabei um die «wichtigste Nachschubroute der Terroristen».

Assad warnte die Türkei und Saudi-Arabien, militärisch in den Konflikt einzugreifen. Er könne diese Möglichkeit «nicht ausschliessen». Die syrischen Truppen würden sich einem solchen Vorgehen aber «gewiss entgegenstellen».

Den europäischen Ländern warf der syrische Präsident vor, zu der Flüchtlingskrise beigetragen zu haben, indem sie «Terroristen Schutz geben» und ein Embargo gegen Syrien verhängt hätten. Nun müssten sie dabei «helfen», dass die Syrer in ihre Heimat zurückkehren könnten.

Die russischen Interessen in Syrien

Russland will, dass Assad und seine Regierung an der Macht bleiben, zumindest so lange bis ein geordneter politischer Übergang auf der Basis des UN-Friedensplans erreicht werden kann. Deshalb bekämpft die russische Luftwaffe alle Gruppierungen, die sich den Sturz von Assad auf die Fahne geschrieben haben.

In diesem Punkt wird Moskau von der Hisbollah, vom Iran und auch vom Irak unterstützt. Deshalb haben Russland, Irak, Iran und Syrien in Bagdad ein Intelligence-Sharing-Center eingerichtet.

Darüber hinaus möchte Russland seine geopolitischen Interessen wahren, und dazu gehört der Stützpunkt im syrischen Tartus, der dem Kreml den «Zugang zum warmen Wasser» garantiert.

Moskau hat mittlerweile mindestens vierzig Kampfflugzeuge, zum Teil sehr moderner Typen, in Syrien stationiert. Neben Jagdbombern der Typen SU-24 M («Fencer»), SU-34 («Fullback») und



Aussenminister Russland, USA, Saudi Arabien und Türkei. Bilder: Wikimedia

SU-35 («Flanker E») kommen die SU-30SM («Flanker»), die auch als Jäger sehr gute Leistungen zeigen und die SU-25 (Frogfoot) zum Einsatz, die speziell für die Unterstützung von Bodentruppen im sogenannten Close Air Support konzipiert wurde.

Zusätzlich zu Jagdbombern und Jägern setzt Russland immer wieder auch seine Bomberflotte ein. Dazu gehören die TU-22 M3 («Backfire»), die vermutlich in Mozdok, einer Air Base in Nord Ossetien stationiert sind und Bomber der Typen TU-95 MS («Bear») und TU-160 («Blackjack»). Die TU-160 gilt als schwerster Bomber der Welt und übertrifft mit einem maximalen Startgewicht von 275 Tonnen sogar die amerikanische B-52 mit 221 Tonnen. Die Bomber werden offensichtlich mit ihren ungenlenkten Bomben als «Flächenwaffen» eingesetzt.

Nach letzten Meldungen will die russische Regierung weitere 80 Kampfflugzeuge nach Syrien verlegen, bevor mit Schwerpunkt der IS in der gesamten Nahmittellost-Region, also nicht nur in Syrien, sondern auch im Irak, in Libyen und vielleicht sogar auf der ägyptischen Sinai Halbinsel bekämpft und ausgeschaltet werden soll.

Die amerikanischen Interessen in Syrien

Die Position der USA ist nicht eindeutig und eine klare politische Strategie ist ebenso wenig erkennbar, wie eine militärische Zielsetzung.

Mal heisst es, Assad «müsse weg», dann wieder ist zu hören, dass man ihn für eine Nachkriegsordnung benötigt und last

but not least ist die Rede davon, dass er «bis auf weiteres» im Amt bleiben soll.

Nach-US Angaben richten sich die Luftangriffe der Allianz ausschliesslich gegen den IS und radikale oppositionelle Gruppen, wie z. B. Al-Nusra. Im Gegensatz zu den russischen Luftoperationen wird über die Verluste und Schäden bei der Zivilbevölkerung nichts berichtet. Am Boden stützen sich die USA auf etwa 50 eigene «Special Forces», auf Angehörige der sogenannten gemässigten Opposition und auf die kurdischen Kämpfer, die aber auch mit den syrischen Streitkräften kooperieren und aktuell von der türkischen Artillerie beschossen werden.

Unabhängig von den offenen Militäraktionen der USA agiert die CIA im Untergrund im Rahmen der Operation «Timber Sycamore» und unterstützt radikale syrische Kräfte in ihrem Kampf gegen die Streitkräfte Assads mit dem Ziel, einen Regime-Change herbeizuführen.

Die Zusammenarbeit mit Russland beschränkt sich darauf, Einsätze in der Luft zu koordinieren, um eigene Flugzeuge nicht zu gefährden.

Ansonsten bekommt Russland keinerlei Aufklärungsdaten der Allianz – auch nicht die der deutschen Tornados – ist in deren Hauptquartier in Katar nicht präsent, und es gibt auch keine taktische oder gar strategische Zusammenarbeit. Die offiziellen Gründe dafür sind Moskaus Annexion der Krim, Russlands Vorgehen in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen des Westens.

Inoffiziell spielen aber wohl die nationalen Interessen der USA eine entscheidende Rolle. Neben der Sicherheit amerikanischer Staatsbürger, die natürlich an erster Stelle steht, gehören dazu nämlich auch alle Massnahmen, die geeignet sind,

die Vormachtstellung der USA weltweit zu sichern. Im Klartext heisst das: Keine weitere Supermacht neben den USA und zwar im politischen, militärischen und auch wirtschaftlichen Sinn. Deshalb müssen China und Indien «klein gehalten werden», und es muss vor allem verhindert werden, dass Russland sich nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion erneut als Supermacht auf der Weltbühne etabliert.

Mit seinem Militäreinsatz in Syrien ist Moskau «back on the international stage», und es liegt im nationalen Interesse der USA, dass dies möglichst nicht so bleibt. Deshalb wird Russland in den westlichen Medien diskreditiert und seitens der US Regierung alles getan, dass auch die Europäer auf Distanz zu Moskau bleiben. Die wirtschaftlichen Konsequenzen für Westeuropa werden dabei in Washington vermutlich als «willkommene Nebenwirkungen» zur Kenntnis genommen.

Beurteilung und Empfehlungen

Mit Hilfe der russischen Luftstreitkräfte und Unterstützung durch die Hisbolah, die iranischen Pasdaran, irakische Milizen und die syrischen Kurden am Boden wird Assad militärisch die Oberhand gewinnen und seine Macht konsolidieren.

Wenn Aleppo zurückerobert ist, hat Assad die 1. Schlacht für sich entschieden; die 2. wird gegen den IS und die Al-Nusra-Front stattfinden.

Bei den Militäroperationen sind natürlich auch viele unschuldige Zivilisten zu Schaden gekommen. Das ist bitter und auch zu verurteilen, aber in einem Krieg nicht zu vermeiden und vor allem für die USA und ihre Verbündeten kein Grund, mit dem moralischen Zeigefinger auf Russland zu zeigen.

Auch bei Luftangriffen der von den USA geführten Allianz kommen Zivilisten zu Schaden, allerdings ohne, dass darüber so berichtet wird, wie das im Zusammenhang mit der russischen Offensive der Fall ist. Washington sollte sich ausserdem daran erinnern, wer eigentlich den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak geführt hat, bei dem Hunderttausende Zivilisten gestorben oder verstümmelt wurden und ein Land völlig zerstört worden ist.

Auch Guantanamo, wo seit mittlerweile 15 Jahren Gefangene ohne Gerichtsverfahren interniert sind, die Folterungen in Abu Ghraib durch amerikanische Soldaten und die erst jetzt bekannt geworde-

Aus dem Bundeshaus

Berichtet wird über die zwei ersten Wochen der Frühjahrs-session 2016 der Eidgenössischen Räte, vor allem Ständerat (SR), und über Parlamentarische Vorstösse.



Der SR bereinigte die Vorlage «Weiterentwicklung der Armee – Änderung der Rechtsgrundlagen» (14.069). Er schloss sich dem Nationalrat (NR) sowohl beim Entwurf 1 (510.10, Militärgesetz, MG) mit sechs statt fünf Wiederholungskursen als auch beim Entwurf 6 «Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020» an, wonach 20 Milliarden Franken bewilligt werden, und das VBS «während der Budgetierung Umschichtungen zwischen den eigenen Krediten vornehmen kann» (30:10:3). Der SR genehmigte den «Bundesbeschluss über die zusätzliche Beschaffung von Rüstungsmaterial 2015» von 874 Millionen Franken einschliesslich «Werterhaltung Lastwagen leicht, geländegängig, 4x4, Duro I» (15.017; «Rüstungsprogramm 2015»; 30:9:5). Aus der SiK-SR wurde eine Motion «Drogensuchttests in der Armee» eingereicht, womit der Bundesrat (BR) beauftragt wird, eine diesbezügliche Gesetzesgrundlage auszuarbeiten (16.3053).

Der NR lehnte eine Motion ab, wonach der BR den Rückzug aus «Partnership for Peace» der NATO in die Wege zu leiten hätte (14.3746; 69:111:6). Er nahm entgegen dem ablehnenden BR eine Motion an, womit der BR beauftragt wird, die Ostschweiz angemessen und bedrohungsgerecht bei der Stellenbesetzung beim Grenzwachtkorps zu berücksichtigen (14.3135; 121:63:14). «Gefährdet die gestiegene Anzahl Zivildienstleistender die Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee?» Zwischen 2004 und 2015 ist die Anzahl militärdienstpflichtiger Bürger, die Zivildienst leisten wollten, von 1518 auf ungefähr 6000 gestiegen. Dieser explosionsartige Anstieg führe zu einem Manko von mehr als 1500 Angehörigen der Armee (zwei Bataillone!), die zur Weiterentwicklung der Armee nötig wären (Frage; Antwort BR siehe: 16.5022!).

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE

nen Misshandlungen von Gefangenen in Afghanistan durch US-Soldaten, sollten für die US-Regierung Grund genug sein, Russland nicht in dieser Form an den Pranger zu stellen. Auch die Tatsache, dass Washington die Augen verschliesst vor den saudischen Bombenangriffen im Jemen, wie schon 2011 vor dem Einmarsch saudischer Truppen nach Bahrain und aktuell vor der Einkesselung ganzer kurdischer Städte durch die türkische Armee ist nicht dazu geeignet, moralische oder ethische Normen aufzustellen.

Krieg ist grausam und sollte deshalb möglichst vermieden werden. Aber wenn man sich dazu entschlossen hat, ist ein Ende mit Schrecken sicherlich einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen. Und dieses Ende scheint durch das russische Engagement jetzt möglich zu werden, auch wenn der IS und die Al-Nusra-Front noch nicht besiegt sind.

Die bewaffnete sogenannte gemässigte Opposition – von der niemand wirklich weiss, wer dazu gehört – ist völlig zersplittert und militärisch weitgehend am Ende. «Unsere ganze Existenz ist nun bedroht, wir verlieren nicht nur Territorium», sagte ein Kommandeur der Rebellengruppe Liwa al-Tauhid, und seine Aussage kann man stellvertretend für alle Gruppierungen nehmen, mit Ausnahme des IS und der Al-Nusra-Front.

Vier Jahre lang hat der Westen die Position vertreten, dass es keine militärische Lösung gibt, aber seit dem Eingreifen der Russen erscheint wenigstens ein militärisches Ergebnis möglich.

Während die Allianz unter Führung der USA in der Vergangenheit nur halbherzig gegen den IS und die Al-Nusra-Front vorgegangen ist, weil man keine eigenen Bodentruppen einsetzen wollte und fremde nicht zur Verfügung standen, hat Russland jetzt Fakten geschaffen.

Das ist nicht im Sinne der USA, weil es nun keine Lösung des Gesamtproblems mehr geben kann ohne eine Beteiligung Russlands.

Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass Europa endlich eine eigenständige Position vertritt und sich nicht länger von Washington gegenüber Russland instrumentalisieren lässt.

Für einen erfolgreichen Kampf gegen den IS und die Al-Nusra-Front, aber auch für den angestrebten Waffenstillstand, ist es erforderlich, dass eng mit Russland kooperiert wird. Dazu gehört der Austausch von Aufklärungsergebnissen ebenso, wie die Entsendung von russischen Offizie-

ren in das Hauptquartier der Allianz in Katar. Die Reaktivierung des NATO-Russland-Rates ist dringend geboten.

Da die westliche Allianz keine eigenen Bodentruppen nach Syrien schicken will, ist sie im Kampf gegen den IS auf die syrischen Streitkräfte und deren Verbündete angewiesen. Dafür und auch für die Umsetzung des Waffenstillstands ist eine Zusammenarbeit mit Assad unvermeidbar.

Die US-Regierung sollte die CIA-Operation «Timber Sycamore» und damit die Zusammenarbeit mit radikalen Oppositionsgruppen umgehend einstellen.

Die sogenannte gemässigte syrische Opposition muss sich entscheiden, ob sie ohne Vorbedingungen an der Erarbeitung einer politischen Lösung teilnehmen oder – mit allen Konsequenzen – aussen vor bleiben will. Es sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden, ob ihr Sprecher, Riad Farid Hidschab, der ehemalige Premierminister Syriens unter Assad, wirklich der richtige Mann für diese Aufgabe ist.

Die Türkei ist aufzufordern, ihre Artillerieangriffe gegen die kurdischen Kämpfer im Norden Syriens umgehend einzustellen, um jedes Risiko zu vermeiden, dass die NATO über den Bündnisfall in den Syrien-Krieg hineingezogen wird.

Wir müssen endlich aus dieser «Zwei-Lager-Situation», auf der einen Seite die USA und die von ihr geführte Allianz und auf der anderen Seite Russland und seine Verbündeten, raus.

Zum Ende der Sicherheitskonferenz in München hat ihr Chef, Wolfgang Ischinger, eine Lösungsmöglichkeit aufgezeigt und gesagt: «Möglicherweise braucht man für eine dauerhafte Stabilisierung Friedenstruppen. Und wir werden nur dann Ruhe bekommen, wenn die beteiligten Staaten Rückversicherungen erhalten. Eigentlich brauchen wir eine institutionalisierte regionale Sicherheitsarchitektur, eine Art Nahost-OSZE, mitgetragen von den Vereinigten Staaten, Russland und der EU. Dahin ist es ein langer Weg.»

Ich finde, Europa sollte versuchen, ihn zu gehen, auch wenn er den USA vielleicht nicht gefällt. ■



Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven